

# Unbegrenzte Ost-West-Zumutungen

Wieviel Geschichte machte der »Tschekist« und Ohnesorg-Todesschütze Kurras?

von | Christoph Lieber



Schweigemarsch Münchner Studenten, 5.6.1967 (Foto: dpa)

Der Historiker in der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin, Helmut Müller-Enbergs, fiel nach eigener Aussage fast vom Stuhl, als er auf 17 »vorbildlich geführte« Aktenbände über den Todesschützen Benno Ohnesorgs, den Westberliner Polizisten Karl-Heinz Kurras, stieß. Die Akten hätten lediglich das Kürzel »GH 2/70« (»Geheime Ablage«) getragen und der Name Kurras sei aus der Klarnamendatei des MfS gelöscht und auch in der IM-Kartei bislang nicht aufgefunden worden.

Aus dem Aktenfund geht hervor, dass der Polizist Kurras, der den Studenten während der Anti-Schah-Demonstration am Abend des 2. Juni 1967 im Hof des Hauses Krumme Straße 66/67 in Westberlin durch einen Schuss in den Hinterkopf tötete, seit dem 26. April 1955 als informeller Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit im Westen geheimdienstlich tätig war. Zur Stasi war er in Ostberlin als so genannter Selbststeller gestoßen – ein in jener Zeit nicht ungewöhnlicher

Vorgang in der »geteilten« Frontstadt. Nach einer Kandidatenzeit ab Dezember 1962 wurde er am 28. Juli 1964 auch ordentliches Parteimitglied der SED.

Dieser Aktenfund wird den Deutungskämpfen um den Mythos '68, die schon immer zwischen nostalgischen Rückblicken, Selbstbestätigung, aber auch scharfer bis denunziatorischer Polemik und (Selbst-)Abgrenzungen sowie Geschichtsrevisionismus schwankten, weitere, in diesem Fall depremierende Details hinzufügen. 2008 versuchte der »Zeithistoriker« Götz Aly seine eigene politische Vergangenheit als spätradikalisierter Maoist der gesamten 68er-Bewegung unterzujubeln. Er verkannte dabei, dass K-Gruppen und Sekten eines angeblich »roten Jahrzehnts« in Wahrheit Nach-68er-Zerfallsprodukte waren. Umgeschrieben werden musste und muss die Geschichte deshalb nicht – weder wegen solcher Zerfallsprodukte noch wegen der neuen Aktenlage, einem Zerfallsprodukt ganz eigener Art. Die Ge-

schichte umzuschreiben werden nur solch beschränkte Weltbetrachter für nötig halten, die die damaligen kulturellen und politischen Verwerfungen in der Bundesrepublik auf »Ruhestörung« und »Männer machen Geschichte« (»Es war ein Schuss, der Deutschland veränderte« – Welt Online vom 22.5.2009) reduzieren. Für solche Zeitgenossen besteht Geschichte in der kleinbürgerlichen Schlüssellochperspektive auf Spione, Agenten und Strippenzieher. »Wenn Kurras in der SED war, wer war dann eigentlich Alexander der Große, für den die Quellenlage mäßig ist? Oder Julius Cäsar?« befragen die Spiegel-Redakteure den wehenden Mantel der Geschichte (25.5.2009). Festen Geschichtsboden unter ihren Füßen fühlen diese Journalisten erst, wenn sie behaupten können: »Ein Kommunist erschießt einen Linken, diese Nachricht ist nicht mehr zu instrumentalisieren.« (ebd.) Aber sie selbst tun genau dies.

Was die Bundesrepublik Deutsch-

land seit den antisemitischen Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge im Dezember 1959 tatsächlich veränderte, waren die Wiederbewaffnung, die Anti-Atomtod-Bewegung, die »Bildungskatastrophe«, Ludwig Erhards »Formierte Gesellschaft« eines CDU-Staates, die Kontinuität von NS-Eliten in öffentlichen Ämtern, der Frankfurter Auschwitz-Prozess, der Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und anderes mehr – alles nicht IM-gesteuert.

Im »2. Juni 1967« mit seinen aggressiv provokanten »Schahbejubern«, repressivem Polizeieinsatz und durch die Springer-Presse aufgeheizten antistudentischen Vorurteilen (»FU-Chinesen«) unter der Westberliner Bevölkerung fasst sich zusammen, dass die damalige Bundesrepublik ein »Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten« (Ulrich Sonnemann 1963) war. Die außerparlamentarische Opposition (APO) kämpfte für ein Ende dieser Zumutbarkeiten und wollte mit politischer Phantasie und Regelverletzung radikale Demokratie und sozial emanzipierte Lebensverhältnisse durchsetzen. Später diffundierten die sozialen Akteure nach den durchaus unterschiedlichen, aber sich bis Ende der 1960er Jahre gegenseitig befruchtenden Protestbewegungen in mehr oder weniger sektiererische Gruppierungen bis hin zur RAF. Auch diese Entwicklungen in den 1970er Jahre waren nicht IM-gesteuert – trotz insbesondere bezüglich der RAF dokumentierter Stasi-Kontakte.

Diejenigen, die nun mit Berufung auf die Stasiakte Kurras die westdeutsche Protestgeschichte der 1960er Jahre gegen die 68er-Bewegung und das Selbstverständnis ihrer ProtagonistInnen glauben umdeuten zu können, indem sie das Akteurshandeln des »Tschekisten« Kurras und seiner Stasi-Hintermänner in seiner Wirkmächtigkeit höher veranschlagen als die Strukturprobleme der Erhard-schen »Formierten Gesellschaft« und der damaligen Großen Koalition mit ihren Demokratiedefiziten, Modernisierungsblockaden im Bildungssystem und darüber evozierten außerparlamentarischen Protestbewegungen – also den »subjektiven Faktor« gegen die Systemzwänge ausspielen wollen –, sind gerade damit bei den 68ern an der falschen Adresse. Gerade diese können für sich zu Recht

den Status einer »politischen Generation« reklamieren, die mit Phantasie, Zivilcourage, organisierten Aufklärungs- und Lernprozessen und innovativen Aktionsformen aus dem dumpfen »weiter so« im »Lande der unbegrenzten Zumutbarkeiten« ausgebrochen ist. Dazu bedurfte es in keinster Weise irgendeiner Blaupause namens DDR. Und in Zeiten vor dem Stasi-Aktenfund wurden die 68er regelmäßig als Modernisierer, Beschleuniger etc. gebrandmarkt – grostesker Weise von der gleichen Journalle, die dies jetzt eigentlich als Leistung der Stasi ausgeben müsste.

Zu den »unbegrenzten Zumutbarkeiten« der bundesdeutschen 1960er Jahre kommt vielmehr nun eine weitere hinzu: Karl-Heinz Kurras, Jahrgang 1927, Sohn eines Polizeibeamten, 16jährig noch Kriegsfreiwilliger und an der Front verwundet, war 1950 im Dienst der Westberliner Polizei und in seiner Freizeit im Schießsport tätig. Kurras wollte aber seit 1955 eigentlich in der DDR Volkspolizist sein – »aus der Erkenntnis heraus, dass ich als Angehöriger der Stumm Polizei (der Sozialdemokrat Johannes Stumm baute ab 1948 die Westberliner Polizei auf, CL) keiner guten Sache diene« – und er entschloss sich daher, seine »Arbeitskraft dem Friedenslager zur Verfügung zu stellen« (IM-Verpflichtungserklärung von Kurras, 26.4.1955). Zu dieser biographiegeschichtlichen Nachkriegskonstellation gehört auch der für die politische Bewertung der Geschichte gewichtige Tatbestand, dass Kurras, wegen unerlaubten Waffenbesitzes seit Kriegstagen und »antisowjetischer Propaganda« zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt (vgl. TAZ vom 23./24.5.2009), von 1946 bis 1950 in einem sowjetischen Speziallager, dem ehemaligen KZ Sachsenhausen, einsaß. Nimmt man noch hinzu, dass die Bürgerin und Unterstützerin seiner Stasi-Mitarbeit, die Altkommunistin Charlotte Müller, schon in den 1930er Jahren im geheimen Nachrichtendienst der Berliner KPD<sup>2</sup> tätig und während des Faschismus im KZ Ravensbrück interniert gewesen war, und auch noch den Umstand, dass der Planungsleiter des folgenschweren Polizeieinsatzes von Kurras und anderen vor der Deutschen Oper, Hans-Ulrich Werner, während des Zweiten Welt-

krieges über die Partisanenbekämpfung in der Ukraine bei der Judenvernichtung im Ostkrieg beteiligt war – dann laufen alle »Extreme des 20. Jahrhunderts« (Eric Hobsbawm) in diesen biographischen Schnittstellen wie in einem Brennglas zusammen.

Diese »Extreme« brechen FAZ und Spiegel in ihren vorschnellen Deutungen nur zu gern auf einfache Identitäten herunter: »Der Mann also, der mit seinen tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg eine bis dahin in der Bundesrepublik unvorstellbare Gewaltspirale in Bewegung gesetzt hat, war nicht eine »Charaktermaske« des »Präfaschismus«, sondern ein DDR-Sozialist mit SED-Parteibuch.« (FAZ vom 24.5.2009)

So versuchen die Schnellschreiber von FAZ und Spiegel ausgerechnet eine der zentralen Zumutungen der jungen BRD »aktenkundig« zu entsorgen, gegen die sich die damals rebellierenden Jugendlichen, Lehrlinge, kritischen Studenten und Intellektuellen auflehnten: die autoritäre Persönlichkeitsstruktur vieler Väter und Repräsentanten der herrschenden Eliten. Sozialismus und Faschismus sollen im Licht der neuen Erkenntnisse diskreditierend gleichgesetzt werden. »Bislang wurde nicht angezweifelt, dass es sich bei Kurras um ein »potenziell faschistisches Individuum« handelt, dem der Philosoph Theodor W. Adorno einen »autoritären Charakter« attestierte. Er bleibt der Todesschütze, aber er kann nicht mehr die Marionette eines potenziell faschistischen Staates genannt werden. Er war die Marionette eines sozialistischen Staates, die des autoritären Charakters gleichermaßen bedurfte. Womit sich mal wieder in einer Volte die Nähe der beiden Ideologien zeigt.« (Spiegel vom 25.5.2009)

Dieses Manöver ist durchsichtig: Der Vorwurf des »Linksfaschismus« an die 68er, den anlässlich des 40. Jahrestages von 1968 Götz Aly im letzten Jahr durch eine Gleichsetzung von SDS und NS-Studentenbund zu begründen versuchte, soll nun auf anderem Wege bekräftigt werden: Die Gleichsetzung von Stasi, DDR und faschistischer Persönlichkeitsstruktur soll die »Debatte ... für die Anhänger eines »guten« 68 ... er-

■ Christoph Lieber ist Redakteur von *Sozialismus*.

schweren« (ebd.). Das gute '68 soll geschichtlich entsorgt werden.

Aus Kurras' friedensbewegten Lebensplänen wurde die Beamtenlaufbahn eines »armen Tropfes« (Peter Schneider im Spiegel vom 25.5.2009) in der Rolle als doppelter Staatsagent: Im Westen blieb Kurras Polizeibeamter und wurde – gedeckt vom Korpsgeist seiner Polizei Kameraden – für seinen Todesschuss vom Juni 1967 in zwei Verfahren wegen Notwehr freigesprochen. Gemessen an den Maßstäben bürgerlicher Rechtsprechung bleibt dieses Urteil und die damalige Vernichtung von Akten bis heute ein Justizskandal – daran vermag auch der Nachweis von Kurras' Rolle als Stasi-Agent nichts zu ändern.

Und im Osten? »Trotzdem ich politisch unbeschult bin« wurde der »Waffennarr« Kurras mit seiner IM-Erklärung von den Kommunisten der SED, die ihrem ideologischen Selbstverständnis nach eigentlich Wert auf wissenschaftlich und politisch gebildete AktivistInnen in ihren Reihen hätten legen müssen, auch als Parteimitglied aufgenommen – fehlende Schulung hin oder her. »Der Fall bezeugt also einiges über die geringen moralischen Skrupel im MfS... eine Facette mehr in einer Geschichte, deren wesentlicher Inhalt und Verlauf nicht neu sind«, so der Chef-Redakteur Jürgen Reents in der sozialistischen Tageszeitung »Neues Deutschland« (23./24.5.2009). Hier ist wenigstens noch die Ahnung von der Notwendigkeit einer eigenen, innerlinken sozialistischen Moral vorhanden. Eine solche wird trotz pathetischen Titels im Kommentar des linken Traditionalistenblattes »junge welt« gleich mitentsorgt. Für alle Leser »sollte klar sein: Karl-Heinz Kurras hat den Studenten Benno Ohnesorg in seiner Eigenschaft als Westberliner Polizist und nicht als MfS-Mitarbeiter erschossen« (Werner Pirker, »Offene Wunde«, in: junge welt vom 25.5.2009).

Mehr an Nachdenken, an analytischem und argumentativem Tiefgang und insbesondere an brauchbaren Deutungsangeboten für eine in dieser »geschichtsrevisionistischen« Situation verunsicherten Leserschaft ist also für eine linke Tageszeitung in dieser Frage unabdingbar, läuft doch DIE LINKE selbst gegenwärtig wieder Gefahr, in der Fortfüh-

rung eines Parteiprojekts, das mit dem Anspruch auf eine neue politische Kultur angetreten war, durch Messer- und Gabelfragen bei Wahllistenerstellung, durch ausgrenzende Kommunikation und fehlende Sensibilität für die latente Passivitätskrise der eigenen Mitgliedschaft moralisch und politisch zu versagen.

Der Polizist, IM und SED-Mitglied Kurras hat es also in seinem Nachkriegsleben in der »geteilten Stadt« nicht zu einem Friedensaktivisten gebracht. Er wurde vielmehr zu einem »Bystander« – jenem eigentlichen Tätertyp in der deutschen Geschichte, den der Historiker Raul Hilberg in seinen bahnbrechenden Studien zur Rolle der deutschen Gesellschaft als »Täter, Opfer, Zuschauer« bei der »Vernichtung der europäischen Juden« paradigmatisch herausgearbeitet hat: Im Westen wurde Kurras vor der Deutschen Oper zum Rädchen im Getriebe eines brutalen Polizeieinsatzes; und im Osten zu einem informellen Mitläufer einer ehemals geschichtsträchtigen Organisation, die als »Tscheka« (Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution) im Dezember 1917 ins Leben gerufen wurde, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution, ihre neuen räte-demokratischen Strukturen, die Sowjets, zu verteidigen. Dieser Versuch revolutionärer Selbstverteidigung wurde in Gestalt der OGPU, des NKWD und der Stasi schon bald in eine polizeilich-geheimdienstliche Institution deformiert, die nicht nur die räte-demokratischen Ansätze in den realsozialistischen Ländern mitzerstörte, sondern sich auch noch ihrem erklärten Gegner, dem stinknormalen Geheimdienst des NSW (des nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebietes), anverwandelte. »Letzten Endes« – so resümiert Oskar Negt die »gespenstische Wende« dieser Geschichte – »waren Springer-Presse und Stasi in gewisser Weise auf einer Linie« (Süddeutsche Zeitung vom 22.5.2009).

Müller-Enbergs' Aktenfund wird Wasser auf die Mühlen derjenigen sein, die – wie schon seit längerem der Doyen der westdeutschen 68er-Geschichtschreibung Wolfgang Kraushaar – den SDS und die APO als SED-gesteuert zu dekonstruieren versuchen. Gegenüber sol-

chen verschwörungstheoretischen Sichtweisen sollte sich die politische Linke des Kerns der Sache annehmen: Der Täter Kurras ist ein Symptom der Zerstörung zivilgesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Polizei und insbesondere Geheimdienste haben sich in der Geschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft immer wieder der Gefährdung, Aushöhlung und Zerstörung demokratischer Strukturen schuldig gemacht. Und die Staatssicherheit hat jede offene Debatte um mögliche Entwicklungswege innerhalb der großen geschichtlichen Alternative des Sozialismus repressiv unterdrückt – oft im Verbund mit Teilen der führenden KP selbst. Sie hat die Reformprozesse im Realsozialismus der 1960er Jahre mitverhindert und selbst am Ende, 1989, mit ihrer geheimdienstlichen »Kernkompetenz«, dem Wissen um gesamtgesellschaftliche Stimmungen, nichts anzufangen gewusst. Das sei auch denjenigen westdeutschen Kommunisten in der DKP und ehemaligen SED-Kadern ins Stammbuch geschrieben, die sich jüngst zwar mit der 68er-Bewegung schmückten, zugleich aber den »Prager Frühling« immer noch als konterrevolutionär verurteilen, und auch der niedersächsischen Landtagsabgeordneten, Mitglied der LINKEN und DKP-Aktivistin samt ihren UnterstützerInnen, die im Frühjahr 2008 vielen anderen Mitgliedern und der politischen Linken insgesamt ihre bornierten Bekenntnisse zur Staatssicherheit zumuteten. Auch mit diesen »unbegrenzten Zumutbarkeiten« aus und in den eigenen Reihen muss endlich Schluss sein.

Denn es ist diese unsäglich »untote« Tradition, die wie ein »Alp auf dem Gehirn der(jenigen) lebenden« (Marx) Linken lastet, die endlich eine kulturreiche Politik bewusster Selbstorganisation, assoziiert mit anderen emanzipatorischen Kräften aus Gewerkschaften und Zivilgesellschaft auf einen geschichtsträchtigen Weg bringen wollen. Das wäre ein substanzieller Beitrag zum Aufbau von Gegenhegemonie gegen die heutigen »Transformatoren der Demokratie« und damit ein erster Schritt zur Einlösung der immer noch unabgeholten radikal-demokratisch-sozialistischen »Poesie der Zukunft« (Marx) – das nichtkontaminierte Erbe von '68.